

Vom »Verrat« der Roma an den Roma und der deutsch-deutschen Solidarität

Die deutschen Linken wollen einer
Bürgerrechtsbewegung zeigen, wo es lang geht

Von Yaron Matras

Wer sich für die Bürgerrechtsarbeit der Minderheiten in der BRD interessiert, der ist bereits an heftigen Kontroversen zwischen deutschen 'Helfern' und deren 'ausländischen Patienten' gewöhnt. Das folgende Kapitel halte ich allerdings für ein besonders trauriges Stück linkseinhemischer Überheblichkeit gerade gegenüber einer Minderheit, die in ihrer Geschichte die eigene Dominanz und die Herrschaft über andere Völker oder Bevölkerungs-

gruppen nie gekannt hat: Die Roma. Die Leidenswege der Roma müssen hier sicherlich nicht aufgeführt werden. Es ist ein Volk, dessen Geschichte zwischen einem Pogrom und dem nächsten entstand, das die Zeit berechnet nach den Pausen zwischen einer Vertreibung und der nächsten Verjagung. In der Bundesrepublik leben zur Zeit insgesamt rund 60 000 Sinti und Roma, darunter schätzungsweise sechs bis sieben tausend heimatlose Roma-

Flüchtlinge. Gemeint sind hauptsächlich Angehörige der Stämme der Kelderascha, der Rumingri und der Lovara, die bis spät im 19. Jahrhundert Leibeigene waren, und die seit ihrer Befreiung von der Sklaverei zur Flucht-Wanderung gezwungen wurden, auf der Suche nach einer sicheren Bleibe. Der Weg des Asylrechts bot vielen in den letzten Jahren eine temporäre Zuflucht in diesem Land. Doch werden in keinem Bundesland Roma als eine verfolgte Minderheit anerkannt. Ihre Asylanträge werden abgelehnt, die zahlreichen Beschlüsse des Europarates und des Europäischen Parlamentes, die den Roma einen besonderen Platz als eine seit Jahrhunderten diskriminierte Minderheit einräumen, wurden bis heute nicht in die Praxis umgesetzt. Beschlüsse über einen vorläufigen Abschiebestopp, den die Roma durch Öffentlichkeitsaktionen in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen erwirken konnten, wurden von beiden Bundesländern wieder aufgehoben. Im Ruhrgebiet führte das neue Abschiebeurteil Anfang Januar zu einer spontanen Mobilisierung mehrerer hundert Roma-Familien. Die Besetzung des Kölner Doms, der dreitägige Fußmarsch zur Landesregierung in Düsseldorf und ein längerer »Bettelmarsch« durch das Ruhrgebiet lenkten die öffentliche Meinung auf ihr Anliegen und brachten auch internationale Solidarität hervor: Vom amerikanischen Kongreß, über Kirchen und Menschenrechtsorganisationen in Europa und bis hin zum israelischen Parlament.

**Menschen, die in kein Land
flüchten können,
da sie keine Heimat haben,
wehren sich zum ersten Mal
in ihrer langen Geschichte
gegen Vertreibung**

Die Roma im Ruhrgebiet folgten dem Beispiel ihrer Hamburger Brüder und Schwestern. Diese waren Ende August zu mehreren Hunderten in ein von ihnen errichtetes Zeltlager auf dem ehemaligen KZ-Gelände in Neuengamme bei Hamburg geflüchtet, um Massenabschiebungen zu verhindern. Nach fünf Wochen wurde das Lager durch einen Masseneinsatz bewaffneter Polizisten am Ort des Gedenkens geräumt. Die Roma fanden vorübergehend Zuflucht in einigen Hamburger Kirchengemeinden, besetzten dann Hamburgs Wahrzeichen, die Hauptkirche St. Michaelis, den berühmten »Michel«. Nach einem elftägigen Hungerstreik führten sie über zweitausend Sympathisanten wieder nach Neuengamme, zu einer Gedenkkundgebung zum 9. November. Die dramatische Qualität dieser Aktionen verleiht der entstehenden Bürgerrechtsbewegung der Roma einen in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Charakter: Menschen, die in kein Land flüchten können, da sie keine Heimat haben, wehren sich zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte gegen Vertreibung. Sie wehren sich gewaltlos und ihre Aktionen müssen daher sehr öffentlichkeitswirksam sein, um in der ihnen gegenüber sehr feindlich eingestellten deutschen Presse überhaupt Erwähnung zu finden. Als in der Nacht vom 9. zum 10. November die Grenzen der DDR geöffnet wurden und die als »deutsch-deutscher Bananentreck« bezeichnete Medienhysterie

